

Noch eine Zeitenwende – dieses mal transatlantisch

Wie umgehen mit Trumps disruptiver Bündnispolitik?

Rainer Meyer zum Felde

Ende einer Freundschaft?

Für die Transatlantiker in der deutschen sicherheitspolitischen Gemeinde waren die Böller, die Trump zu Jahresbeginn mit seinen Vorstellungen über Grönland, Kanada, den Panamakanal und ein künftiges Fünf-Prozent-Ziel der NATO zündete, ein herber Schlag und für die deutsche Politik eine harte Landung in der Realität der Politik der zweiten Trump-Administration. Zu diesem Paradigmenwechsel hin zu einer merkantil-transaktionalen Geschäftsbeziehung, der sich nun auf amerikanischer Seite vollzieht, scheint eine lange, sieben Jahrzehnte und drei Generationen umfassende Epoche zu Ende zu gehen.

Trotzdem wäre es falsch, nun mit Fassungslosigkeit und Empörung zu reagieren. Vielmehr muss sich Deutschland in dieser neuen Realität klug positionieren – und dabei den Kontakt zu Trumps Team suchen und pflegen. Denn wir können in der Sicherheits-, Bündnis- und Verteidigungspolitik vorweisen, mittlerweile auf dem richtigen Kurs zu sein. Allerdings bleibt bei der Herstellung der angestrebten Kriegstüchtigkeit das Tempo der Umsetzung in Politik, Bundeswehr und Gesellschaft immer noch weit hinter den Erwartungen zurück. Es gilt also, die Umsetzung zu beschleunigen, um die zugesagte Rolle der Bundeswehr als Rückgrat der konventionellen Bündnisverteidigung ausfüllen zu können. Das deutsche Verteidigungsdispositiv muss den in der NATO gemachten Zusagen entsprechen und konsequent auf die im Bündnis konsentierten hohen Anforderungen ausgerichtet werden – mit Blick auf Kräfte, Fähigkeiten, Strukturen, Prozesse. Das wird sich nicht ohne weitere Erhöhungen der deutschen Verteidigungsausgaben in Richtung 3 bis 3,5 Prozent des BIP (ca. 120 bzw. 140 Milliarden Euro jährlich) machen lassen. Und ebenso bedarf es einer Reaktivierung der ausgesetzten Wehrpflicht in neuer Form, um der Bundeswehr die nötigen personellen Grundlagen zu verschaf-

fen: Erstens für einen vergrößerten Friedensumfang von ca. 250.000, mit dem Feldheer, Luftwaffe und Marine aus dem Stand zur Vorneverteidigung substanziell beitragen können; zweitens für die Aufwuchsfähigkeit zu einem Landesverteidigung ermöglichenden Verteidigungsumfang, und drittens für die Rekonstitutionsfähigkeit in extremis für Wehrrersatz und ein Ersatzheer, falls der Allianz ein lang anhaltender Abnutzungskrieg aufgezwungen würde, wie ihn Putin gegenwärtig gegen die Ukraine führt.

Trumps Sicherheitspolitik – eine merkantile und transaktionale Geschäftsbeziehung

Klar geworden ist seit Jahresbeginn, was unter „merkantiler und transaktionaler Politik“ – so das von Beobachtern vorausgesagte Kennzeichen des sicherheitspolitischen Kurses der zweiten Trump-Administration – zu verstehen ist. Das transatlantische Verhältnis wird von nun an (hoffentlich vorübergehend, möglicherweise aber für lange Zeit) auf der Seite der amerikanischen Regierung in erster Linie auf gemeinsamen geschäftlichen Interessen beruhen und nicht mehr auf der über ein Dreivierteljahrhundert beiderseitig gepflegten freundschaftlichen und nahezu familiären Verbundenheit und dem amerikanischen Selbstverständnis als Führer der freien Welt und einer gleichgesinnten westlichen Wertegemeinschaft. Mit dieser fundamentalen Veränderung lassen sich Sicherheitsangelegenheiten zwar auch weiterhin managen und Abschreckung und Verteidigungsfähigkeit im Bündnis vordergründig aufrechterhalten – nun eher so, dass die Europäer die von den USA benötigten Kräfte-, Fähigkeiten- und Dienstleistungsbeiträge für den Schutz Europas leihen, pachten oder kaufen müssen. Ob aber dieser von Trump angestrebte neue Charakter des transatlantischen Verbunds zwischen den USA und Europa in der Stunde der Not, wenn es um Sein oder Nichtsein geht, in gleicher Weise hält, muss bezweifelt werden. Denn statt sich auf die gewohnten Sicherheitsgarantien der USA für Europa verlassen zu können, tritt mit Trumps Ansatz die Möglichkeit ein, dass die USA in einem heraufziehenden Konflikt mit einer rivalisierenden nuklearen Großmacht wie Putins Russland in Europa oder Xis China in Asien einem Interessenausgleich den Vorzug geben – zulasten und über die Köpfe ihrer Verbündeten hinweg. Die Geschichte Europas ist voll von „realpolitischen Interessenausgleichen“ zwischen Großmächten zulasten kleinerer Dritter.

AUTOR

Brigadegeneral a.D. Rainer Meyer zum Felde ist Landesvorsitzender Niedersachsen und Bremen der Gesellschaft für Sicherheitspolitik.

Europa und Deutschland bleiben auf den Schutz des USA angewiesen

Trotz alledem kann es sich Europa – insbesondere Deutschland und die von Russland direkt bedrohten mittelosteuropäischen Verbündeten – nicht leisten, den engen transatlantischen Verbund an neuen politischen Gegensätzen mit Trumps USA und seinem merkantil-transaktionalem Verhalten zerbrechen zu lassen. Also gilt es, wie möglich von den freundschaftlichen Beziehungen zu den USA zu bewahren und darauf hinzuwirken, dass in Washington und den US-Bundesstaaten die Wertschätzung für den transatlantischen Verbund mit Europa die disruptive Politik Trumps überlebt und die USA zur Rolle eines wohlwollenden Hegemons der westlichen Welt langfristig zurückfinden. Dafür spricht nicht zuletzt die interessengeleitete Einsicht, dass selbst die USA auf sich allein gestellt und ohne Verbündete ihre führende Rolle in der Welt nicht aufrechterhalten könnten. Aus strategischen Gründen wäre es auch für die USA verheerend, wenn sie ihre Rolle als europäische Macht einbüßen und der europäische Kontinent unter die Dominanz Russlands, der asiatisch-pazifische Raum unter die Chinas geriete. Wenn das tief im amerikanischen Selbstverständnis verwurzelte „Second to None“ sich nicht mehr aufrechterhalten ließe, wäre auch Trumps „Make America Great Again“ nicht realisierbar.

In der fortbestehenden Interessenkongruenz liegt die Chance für die Europäer

Trump wird uns voraussichtlich dazu zwingen, die aus seiner Sicht unfaire und schamlose Ausnutzung der USA in der Sicherheits-, Bündnis- und Verteidigungspolitik zu beenden und die nötigen Aufwendungen für Europas Sicherheit vor Russland künftig aus eigener Anstrengung zu leisten. Dies ist ein durchaus valider Punkt und keine unbillige Forderung an die Europäer. Denn in der Tat haben sie, insbesondere Deutschland, die amerikanischen Leistungen zum Schutz Europas in den Jahrzehnten nach dem Kalten Krieg und selbst noch nach 2014 amerikanische Forderungen nach fairerer Lastenteilung und größeren eigenen Verteidigungsanstrengungen stetig ignoriert und damit die bei Trump eintretende Reaktion geradezu provoziert. In Deutschland hat es erst des offenen Invasionskrieges Russlands und der daraufhin ausgerufenen Zeitenwende im Februar 2022 bedurft, um die im Bündnis seit 2014 gemachten Zusagen nun endlich vollumfänglich einzulösen. So werden die Europäer wohl auch weiterhin davon ausgehen können, dass die USA bei nüchterner Kalkulation ihrer eigenen Interessen als Weltmacht Europa nicht Putins Russland überlassen werden. Europa wird als Rückversicherung weiterhin davon ausgehen können, dass die US-Kavallerie letztlich zu Hilfe kommen wird, nur nicht mehr sofort und auch nicht mit der gewohnten überwältigenden Stärke; eher so wie im Ersten und Zweiten Weltkrieg: spät, aber kriegsentscheidend.

Das Bündnis als Wertegemeinschaft zusammenhalten

Dennoch erschüttert der Paradigmenwechsel, den Trump mit seiner merkantil-transaktionalen Politik – diesmal ungebremsst von kompetenten Beratern – vollzieht, die Allianz fundamental in ihrem Selbstverständnis. Es gilt daher, wenigstens im europäischen

Petersberger Gespräche

Die 20. Petersberger Gespräche zur Sicherheit finden am 26. April 2025 von 10.00 – bis 15.00 Uhr auf dem Petersberg in Königswinter / Bonn statt. Sie werden die aktuellen sicherheitspolitischen Entwicklungen zum Thema haben.

Neue Sektion

Seit dem 1. Januar 2025 besteht die neue Sektion Köln / Rhein-Erft-Kreis / Euskirchen, die aus einem Zusammenschluss der Bereiche entstanden ist.

Pfeiler der Nordatlantischen Allianz, einschließlich Kanada, das traditionelle Verständnis als wertebasierte Schicksalsgemeinschaft der westlichen liberalen Demokratien zu bewahren. Denn auch im Verhältnis der Europäer untereinander ist nicht auszuschließen, dass die trumpsche Doktrin des Vorrangs nationalen Eigeninteresses abfährt – zumal eine Zersetzung und Zersplitterung der politischen Handlungsfähigkeit Europas genau das ist, was Putin mit seinen hybriden Aktivitäten schon seit Jahren zu erreichen versucht und wozu auch Trump neigen könnte.

Vor allem Deutschland und dem Vereinigten Königreich in der NATO sowie Deutschland, Frankreich, Italien und Polen in der EU fallen dabei die Hauptrollen zu, diese beiden wichtigsten transatlantischen bzw. europäischen Institutionen funktionsfähig zusammenzuhalten. Gemeinsam müssen wir ihren nicht nur auf nationalstaatlichen Interessen, sondern ebenso auf gemeinsamen Werten basierenden Charakter als verlässliche Schicksalsgemeinschaft bewahren und dafür sorgen, dass die Devise „Einer für alle, alle für einen“ weiterhin gilt. Denn „likeminded“ zusammenschweißt werden die Mitgliedstaaten der NATO und der EU nicht allein durch kollektiv zur Verfügung gestellte Streitkräfte und Fähigkeiten und integrierte Kommandostrukturen. Erst das gemeinsame Werteverständnis – die Bindung aller staatlicher Gewalt und Machtausübung an das Völkerrecht und die Charta der Vereinten Nationen, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, der Schutz von Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenwürde notfalls mit militärischer Macht – haben NATO und EU zu den tragenden Säulen der europäischen Friedensordnung werden lassen und machen die NATO zum stärksten und am längsten währenden Verteidigungsbündnis der Geschichte.

Um nach zwei verheerenden Weltkriegen die NATO als transatlantischen Verbund mit den USA und auch die EU als europäisches Friedensprojekt unbeschadet zu erhalten, kommt es nun mehr denn je auf das Zurückstellen nationaler Egoismen hinter gebotene Bündnissolidarität und vor allem auf einen gemeinsamen Willen zur Selbstbehauptung, Einigkeit und Entschlossenheit an: Coherence, unity and resolve. Ginge dies als Konsequenz disruptiven Verhaltens der Trump-Administration verloren, dann stünde es um die Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit des Westens gegenüber einem wiedererstarkenden, revisionistischen Russland in Europa und einem in den pazifischen Raum ausgreifenden China denkbar schlecht. Die Folgen für Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand wären unabsehbar.

In eigener redaktioneller Verantwortung.